



SEEHEIMER KREIS

Mut zu mehr

Mehr Industriepolitik wagen



Mut zu mehr

Mehr Industriepolitik wagen

1. Mensch und Industrie

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Industriepolitik stehen die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, die jeden Tag aufs Neue den Wohlstand dieses Landes erwirtschaften. Als politisch Handelnde wollen wir die Anstrengungen dieser Menschen maßgeblich berücksichtigen. Es ist unsere Pflicht, hilfreiche Rahmenbedingungen zu setzen und Ungleichheiten abzubauen. Wir haben dazu im vergangenen Jahr bereits vieles in der Regierungsarbeit erreichen können, vieles mehr ist in den nächsten beiden Jahren zu tun. Bekräftigen möchten wir zudem noch einmal unseren Vorschlag aus unserem Steuerpapier, den **Spitzensteuersatz von 42 Prozent anzupassen**. Greifen soll dieser erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 90.000 Euro. Damit können wir unsere Facharbeiterschaft deutlich entlasten.

Wir müssen als SPD verstärkt unsere Industrie im Blick haben. Unser Land ist geprägt von einer starken Industrie, dem industriellen Mittelstand, den guten öffentlichen und privaten Gewerbe- und Dienstleistungsbereichen sowie dem Handwerk. Sie alle sind mit der industriellen Wertschöpfung eng verzahnt.

Nur mit einer starken Industrie, die unsere jungen Menschen ordentlich ausbildet, die einen integrativen Charakter besitzt, die gute und tarifgebundene Arbeitsplätze sichert und somit den arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land ihr alltägliches Auskommen und persönlichen Wohlstand bewahrt, können wir gleichzeitig für soziale Gerechtigkeit im Land sorgen.

Dazu braucht es **starke und verantwortliche Tarifpartnerschaften** zwischen IG BCE und IG Metall mit der Industrie. Zukunftsorientierte Industriepolitik bedeutet aber auch **starkes Engagement in Bildung, Ausbildung und Weiterqualifizierung**, um Zukunftsberufe bei jungen Menschen attraktiver zu machen.

Eine globalisierte Welt, digitaler Wandel, die Energiewende, Klimawandel, demographischer Wandel, Fachkräftemangel, aufkommender Handelsprotektionismus, neue weltpolitische Bündnisse und Konflikte sorgen für neue Herausforderungen – um den Industriestandort Deutschland nicht nur zu erhalten, sondern damit auch unsere guten Arbeits- und letztendlich Lebensbedingungen zu sichern, muss die SPD Antworten auf diese Unsicherheiten geben.

Wir als SPD drängen auf eine schnelle Einführung des von Arbeitsminister Hubertus Heil vorgelegten **„Arbeit-von-morgen-Gesetzes“**, damit wir der Industrie in ihrem derzeitigen Strukturwandel insbesondere im Hinblick auf die Veränderung der Arbeitswelt unter die Arme greifen

können. Branchen, die sich mitten in einem Transformationsprozess befinden, wollen wir die Einführung von Kurzarbeit gekoppelt an Weiterqualifizierung erleichtern. Dies müssen wir zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften organisieren. Im Gegenzug könnte der Staat Sozialbeiträge übernehmen.

Zugleich braucht es an manchen Stellen auch Veränderungen, die wir als SPD über den Tellerrand des Wahltermins hinaus im Blick haben und umsetzen müssen. Wir brauchen strategische Weitsicht auf das Zusammenwirken von Industrie und Gesellschaft in der Zukunft.

2. Industrie Made in Germany

Mehr als sechs Millionen Beschäftigte arbeiten in der Industrie. In Deutschland steuert die Industrie gut 23 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Neben der Automobilindustrie hält Deutschland mit der Maschinenbau-, Elektro- und Chemieindustrie Spitzenpositionen auf dem Weltmarkt.

Der Seeheimer Kreis in der SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich ebenso stolz wie offensiv zum Industriestandort Deutschland mit seinen traditionellen Wertschöpfungsketten und seinem starken Mittelstand. Wir sehen den Aufstieg Chinas und wirtschaftlich starker Schwellenländer und wollen uns auf unsere industrielle Spitzenqualität konzentrieren. **Made in Germany ist das strategische Ziel unserer nachhaltigen Industriepolitik.**

Wenn der Fokus nur auf nationale oder europäische Champions gelegt und unser bedeutsamer Mittelstand außen vorgelassen wird, verkennt man die Stärken der industriellen Wertschöpfungsketten des Standortes Deutschland. Unsere Basisindustrie in diesem Land muss gehalten werden. Zugleich darf der Industriebereich nicht gegen den Dienstleistungsbereich ausgespielt werden. Es gilt deren Vernetzung zu stärken.

Die Industrie in Deutschland ist sehr vielfältig, hoch innovativ und in vielen Bereichen weltweit führend. Wir wollen industrielle Produktion von der Grundstoffindustrie bis hin zum High-Tech-Sektor in Deutschland halten, weiterentwickeln und zugleich neue aufbauen. *Made in Germany* ist wertvoll, weil es weltweit ein Markenzeichen für gute Qualität und hohe Standards ist. Dazu wollen wir mit den verschiedenen Branchen im stetigen Austausch bleiben, um die Ziele und Mittel für die Industriepolitik festzulegen und gegebenenfalls anzupassen.

Dass wir in Deutschland gute Voraussetzungen für die



Ansiedlung oder den Ausbau von Industrieunternehmen haben, zeigte in jüngster Vergangenheit *TESLA* in Brandenburg, *Siemens* mit der Siemensstadt in Berlin oder *CATL* in Erfurt. Um die industrielle Wertschöpfung weiter zu stärken, wollen wir in den Städten und auf dem Land **stark in unsere Infrastruktur investieren**. Dazu zählen wir vor allem schnelle Transportverbindungen, eine leistungsfähige Breitbandversorgung und weniger bürokratische und schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Zugleich wissen wir, dass auch die **Lebensqualität in Deutschland ein bedeutender Standortfaktor** ist, der oftmals für hoch motivierte Fachkräfte für ihre Unternehmensentscheidung ausschlaggebend ist.

Außerdem gilt es darauf zu achten, die **Steuern- und Abgabequote im Blick zu haben** und vor allem die europäische Industrie im globalen Wettbewerb zu stärken.

3. Die Energiewende vollenden

Deutschland ist weltweit das Industrieland mit den ambitioniertesten Klima- und Umweltzielen: Wir werden in absehbarer Zeit sowohl aus der Atomkraft als auch aus der Verfeuerung von Kohle aussteigen. Gleichzeitig streben wir an, unseren steigenden Energiebedarf ausschließlich aus regenerativen Energien zu decken. **Dieser Strukturwandel ist eine enorme gesellschaftliche Kraftanstrengung der nahen Zukunft, die politisch und sozial gerecht gestaltet werden muss.**

Für uns stehen die Ziele **Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und der Klimaschutz weiterhin gleichrangig nebeneinander**. Dies ist unser „energiepolitisches Zieldreieck“, an dem wir uns orientieren. Auch Fragen der Akzeptanz gewinnen an Bedeutung. Für die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland sind die Versorgungssicherheit, also die garantierte, lückenlose Versorgung mit Strom, sowie die Entwicklung der Energiepreise von entscheidender Bedeutsamkeit.

Ende des Jahres 2019 haben wir im Bundestag und Bundesrat das Klimaschutzpaket auf den Weg gebracht - ein Meilenstein im Kampf gegen die Klimakrise und für mehr Nachhaltigkeit. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war es wichtig, dass wir dabei den **sozialen Ausgleich im Blick haben** und diejenigen schützen, die sich die Klimaschutzmaßnahmen nur bedingt leisten können. Denn schon heute hat Deutschland die höchsten Strompreise in Europa, die sowohl unsere Bürgerinnen und Bürger als auch unsere stromintensive Industrie finanziell strapaziert.

Die Energiekosten und Energiesicherheit werden zunehmend für die Industrie, besonders aber für die energieintensive Chemieindustrie sowie für die Stahl-, Kupfer- und Aluminiumindustrie zur Wettbewerbs- und Standortfrage. Sich immer wieder verändernde EU-Auflagen zum Umweltschutz, Abstandsregelungen, lange Planungs- und

Genehmigungsverfahren und Fachkräftemangel erschweren die Ausgangsbedingungen zunehmend.

Durch die CO₂-Bepreisung wird es zu weiteren Belastungen für unsere stromintensive Industrie kommen, die von der Senkung der EEG-Umlage aufgrund der bisherigen Befreiung ausgeschlossen ist. Deshalb fordern wir für diejenigen Unternehmen **eine zeitlich begrenzte Entlastung durch eine Absenkung der Steuern, Umlagen und Abgaben auf Strom**. Zudem wollen wir Investitionen **in eine klimaneutrale Produktion steuerlich fördern**.

Im Gegenzug sollen sich diese Unternehmen verpflichten, ihre Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2035 deutlich zu reduzieren und bis 2050 komplett CO₂-neutral zu produzieren. Diese Unternehmen dürfen keinen Wettbewerbsnachteil in der Besteuerung haben. Wir brauchen Klarheit bis zur Einführung der CO₂-Bepreisung, damit diese Unternehmen ihre Zukunft weiterhin in Deutschland sehen. **Den besten Klimaschutz gewährleisten wir durch Arbeitsplätze in Deutschland.**

Wir unterstützen ausdrücklich die Bestrebungen auf europäischer Ebene, den Kontinent klimaneutral aufzustellen. Ein **europäischer Binnenmarkt, der nur CO₂-neutral produzierte Waren aus- und einführt**, wäre ein internationales Vorbild und würde durch das wirtschaftliche Gewicht signifikant zum Schutz der Umwelt und des Klimas weltweit beitragen. Wer in Europa, wenn nicht wir mit unserem technischen Know-How, sollte diese Entwicklung vorantreiben.

Wir fordern den Bundeswirtschaftsminister dazu auf, die **Energiewende schnellstmöglich auf die Zielgerade zu bringen**, damit wir wieder zum Vorbild für andere Länder beim Ausbau von erneuerbaren Energien werden. Schon jetzt decken die erneuerbaren Energien rund 40 Prozent der deutschen Bruttostromerzeugung ab. Wir wollen die **Energiewende bis zum Jahr 2050 vollenden!**

Dazu müssen dringend gesetzliche Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um zentral und dezentral den Ausbau von erneuerbaren Energien wieder offensiv voranzubringen. **Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss endlich entsprechend dem Koalitionsvertrag für das Ziel von 65% Erneuerbaren Energien in 2030 angepasst werden.** Darüber hinaus sollen zügig akzeptanzsteigernde Maßnahmen wie eine **verpflichtende Gemeindebeteiligung bei Windkraft** und eine **Novelle des Mieterstromgesetzes** beschlossen werden. Wir wollen den Standort unserer heimischen Windkraftindustrie sichern. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Made in Germany ist auch beim Klimaschutz ein wichtiges Markenzeichen, das wir stärken wollen. So ist beispielsweise unsere chemische Industrie in den nächsten Jahren auf einen hohen Bedarf an erneuerbarer Energie angewiesen, um ihren Strukturwandel vollziehen zu können. Hierbei



müssen wir sie aktiv unterstützen.

Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke in Deutschland lehnen wir kategorisch ab. Ein Roll-back unserer innovativen Energiepolitik wird es mit uns nicht geben.

4. „Was wir wissen, ist ein Tropfen; was wir nicht wissen, ein Ozean.“

Der Forschung wird bei der industriellen Umstrukturierung eine maßgebliche Rolle zuteilwerden. Nur so können wir den Wandel unserer Industrie hin zu mehr klimaschonender Wettbewerbsfähigkeit unterstützen.

Die Zusammenarbeit zwischen privater und öffentlicher Forschung und Entwicklung steigert dabei die Chancen des erfolgreichen Transfers der Forschungsergebnisse in die industrielle Produktion und ist am Schluss zugleich für alle Beteiligten effizienter.

Als Ziel haben wir eine **Verstetigung bei 3,5 Prozent des BIPs im Bundeshaushalt für Forschung und Entwicklung** vorgeschlagen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass diejenigen Länder, die in diesen Bereich mehr investieren, wirtschaftliche Krisenjahre besser meistern. Hier sind wir noch längst nicht am Ziel. Da können wir noch mehr. Unsere Forschung in Deutschland hat schon jetzt Spitzenniveau. Wir müssen dabei beachten, dass die **Forschungsergebnisse auch für Unternehmen nutzbar** gemacht werden. Zum Beispiel im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Um im Rennen mit China oder den USA mithalten zu können, brauchen wir Investitionen in eine europäisch eingebettete KI-Forschung – auch für unsere hohen Standards bei Fragen der Datensouveränität und in ethischen Fragen. Dies hilft auch unserer Maschinenbauindustrie bei der Bewältigung ihres derzeitigen Strukturwandels.

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist in Deutschland Spitzenreiter bei Forschung und Entwicklung. **Am besten funktioniert der Transfer von Forschung und Entwicklung in industrielle Wertschöpfung, wenn öffentliche Forschungsinstitute und private Unternehmen zusammenarbeiten.** Das betrifft sowohl die Wertschöpfung als auch die Ausbildung der Fachkräfte. Die Gesundheitsversorgung der Menschen in Deutschland wird durch die Herstellung von Gesundheitsprodukten in Deutschland gesichert und die Wahrscheinlichkeit von Lieferengpässen verringert.

Wir brauchen **weitere Forschung im Bereich des Verkehrssektors**, um die dort erforderliche CO₂-Reduktion erreichen zu können. Deutschland muss mit dem hier ansässigen technischen Know-how eine Vorreiterrolle einnehmen. Es ist bereits gelungen, CO₂-neutrales Kerosin und andere synthetische Kraftstoffe herzustellen. Durch diese Entwicklungen können wir auch das dringende

Problem der Speicherung von erneuerbarer Elektroenergie lösen. Wir müssen vor allem **im Bereich der Wasserstofftechnologie offensiv vorgehen**, damit wir neben der Elektro-Mobilität ein weiteres zukunftsfähiges Mobilitäts-Standbein insbesondere für den Schwerverkehr, den Luftverkehr und die Schifffahrt aufbauen.

Wir begrüßen die steuerliche Forschungsförderung, die seit dem 1. Januar 2020 in Kraft ist, ausdrücklich. Damit die vom Bund bereitgestellten Forschungsgelder auch schnell abgerufen werden können, brauchen wir **schlanke Verfahren bei der Antragsstellung**. Die Investitionen müssen zeitnah und vollständig abfließen können. **Die Förderberatung des Bundes** muss als zentrale Anlaufstelle für die Industrie **sichtbarer gemacht und ausgebaut** werden, damit Antragsstellungen schnell und unbürokratisch erfolgen können.

5. It's the future, stupid!

Wir hatten in unserem Steuerpapier bereits einen **„Zukunftsfonds Deutschland“** gefordert, der sich aus verschiedenen Kapitalsammelstellen speist und für Wagniskapital genutzt werden soll. Damit wollen wir unsere Start-up-Szene unterstützen, sich in Deutschland über die Gründungs- und Anfangsphase hinaus zu halten. Wir wollen unsere **wirtschaftliche Struktur von Großindustrie, kleinen und mittelständischen Betrieben und Start-ups zukunftsfähig machen**, auch damit sie sich gegenseitig den Rücken stärken können.

Hierzulande treiben Start-ups Innovationen voran und entwickeln vielfach neue nachhaltige Technologien. Auch unsere **Industrie profitiert vom Know-how verschiedener Start-ups** und arbeitet bereits seit Jahren vielfach und erfolgreich mit ihnen zusammen.

So hat beispielsweise die heimische industrielle Gesundheitswirtschaft international einen deutlichen Sprung nach vorne gemacht, weil sie von den neuen digitalen Errungenschaften und intelligenten Vernetzungen im Bereich Industrie 4.0 der letzten Jahre profitiert.

Es sind oftmals bürokratische Hürden, die Start-ups in ihrer Entwicklungsvielfalt lähmen, und die wir abbauen müssen. So muss sichergestellt sein, dass die neue **steuerliche Forschungsförderung so unbürokratisch wie nur möglich** ausgestaltet ist und auch Start-ups zugutekommt. Somit können wir neue Innovationstreiber wecken, die im Zusammenspiel mit der Industrie Investitionsschübe auslösen. Auch sollten wir **steuerliche Anreize bei Mitarbeiterbeteiligungen** schaffen, um Start-ups hinsichtlich der Fachkräftegewinnung zu unterstützen.



Auf ins neue Jahrzehnt – mit einer starken SPD

Eine entscheidende Dekade, in der viele wichtige Zukunftsentscheidungen für unsere Industrie anstehen, steht uns bevor. Im gesamten Bereich der Industrie 4.0 stehen wir vor einem Innovationssprung, unsere gesamte Industrie steht im Prozess, sich konsequent ökologisch zu modernisieren und die gesamte Mobilität steht vor zukunftsweisenden Veränderungen.

Die Sozialdemokratie hat es seit jeher verstanden, soziale Gerechtigkeit und Fortschritt miteinander zu verbinden und somit Zukunft aktiv zu gestalten. **Lasst uns diese Erfolgsgeschichte zusammen fortschreiben.**

Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit wir auch in Zukunft zusammen mit unserer Industrie unsere guten Arbeitsplätze sichern, Wohlstand hierzulande für ein gutes Leben mehr und unsere Umwelt in Stadt und Land hier in Deutschland noch lebenswerter gestalten.

SEEHEIMER KREIS in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de
www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis